

Antrag

der Abgeordneten **Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Sulzberger, Tauchner**
und **Hafenecker**

betreffend **Keine Kürzung der Zuschüsse bei Bausparverträgen**

Die Bundesregierung will nach den nun vorliegenden Zahlen und Fakten den Zuschuss bei Bausparverträgen halbieren. Betroffen davon sind österreichweit rund 5,5 Mio. Bausparer, allein in Niederösterreich sind es über 1 Mio. Menschen.

Bausparen ist neben dem klassischen Sparbuch die beliebteste Geldanlage. Nun plant die Regierung hier eine massive Kürzung. Konkret ist eine Halbierung des staatlichen Zuschusses vorgesehen, wodurch die Prämie künftig nur mehr 1,5 bis 4% statt bisher 3 bis 8% der Einzahlung beträgt. Diese Kürzung ist sozial ungerecht, da in Summe die Einsparung für die Regierung weit mehr ausmacht als die Solidarabgabe für Besserverdiener. Es trifft also die „kleinen“ Sparer mehr als die „Reichen“. Außerdem ist die Solidarabgabe bis 2016 befristet, die Halbierung der Bausparprämie hingegen nicht.

Weiters wird die Bauwirtschaft massiv unter dieser Kürzung leiden. Wohnbau, sowie die Baukonjunktur wird langfristig Schaden erleiden. Gleichzeitig wird es zu einer Verknappung der Wohnbaudarlehen kommen, weil durch weniger Sparer automatisch weniger Kredite vergeben werden können. Bedenkt man, dass sich Bausparer in der Finanzkrise als sehr sicheres Produkt erwiesen haben, und keine einzige Bausparkasse Staatshilfe in Anspruch nehmen musste, ist eine Bestrafung dieses Bereichs absolut ungerecht.

Die Bundesregierung plant weiters diese Halbierung des Bausparzuschusses auch für alle bestehenden Bausparverträge vorzunehmen. Dieser Eingriff in ein bestehendes Rechtsgeschäft ist keinesfalls hinzunehmen. Auf der Strecke bleiben letztendlich die vielen „kleinen“ Sparer, sowie die zigtausend Familien, die sich ein Eigenheim errichten möchten. Denn dadurch werden die Bauspardarlehen durch steigende Zinsen und höhere Rückzahlungen für die „Häuslbauer“ natürlich massiv teurer.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. „Der NÖ Landtag spricht sich entschieden gegen die geplante Kürzung bei Bausparern aus.
2. Die Landesregierung wird beauftragt, im Sinne der Antragsbegründung, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, und die geplante Kürzung bei Bausparern zu verhindern.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Wirtschafts- und Finanzausschuss so rechtzeitig zuzuweisen, dass eine Behandlung am 16.02.2012 möglich ist.